96. Jahrgang. Nr. 278 Mittwoch, 15. Juni 1932

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.80 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Botenlohn), durch Postbezug 3.80 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Rabattabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

*Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe*

# Die Begründung der Notverordnung

## Eine Kundgebung der Reichsregierung

**Berlin, 14. Juni.** Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat bei ihrem Amtsantritt den Willen bekundet, die soziale, finanzielle und wirtschaftliche Not Deutschlands durch organische neuaufbauende Maßnahmen zu bekämpfen. Die Bilanz, die die Regierung vorgefunden hat, zwingt sie, als ersten Schritt vor der Inangriffnahme ihres eigentlichen Programms

**die Kassenlage von Reich, Ländern und Gemeinden vorläufig zu sichern und die Sozialversicherung vor dem tatsächlich drohenden Zusammenbruch zu retten.**

Werden diese notwendigen und unaufschiebbaren Voraussetzungen nicht erfüllt, so sind alle weiteren Maßregeln von Anfang an in Frage gestellt.

Für die ersten Notmaßnahmen hat die Regierung an Vorbereitungen anknüpfen müssen, die schon das vorige Kabinett getroffen hatte. Da diese Maßnahmen jedoch nicht ausreichten, um Kassen und Finanzen zu sichern, ist die Reichsregierung genötigt, über sie hinauszugehen. Es sind infolgedessen weitere Abstriche am Reichshaushalt sowie an allen Ausgaben der öffentlichen Hand beschlossen worden. Es muß von der Ausgabenseite her versucht werden, eine Gesundung der Kassen- und Finanzlage herbeizuführen; denn die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, daß Steuererhöhungen nicht mehr zu einer Verbesserung, sondern nur noch zu einer Verschlechterung der Einnahmen führen. Es bleibt also eine der wichtigsten Aufgaben, den gesamten Verwaltungsapparat Deutschlands weiter zu verbilligen. Das bringt zwangsläufig auch scharfe Einschränkungen auf dem Gebiete der Sozialversicherung mit sich, deren Existenz jetzt auf dem Spiel steht.

**Es ist eine schicksalhafte Entwicklung, daß es heute, nach einem halben Jahrhundert des Bestehens der Sozialgesetzgebung, nicht mehr um die Höhe der Leistungen geht, sondern um ihre Erhaltung überhaupt.**

Die Reichsregierung, deren soziale Gesinnung in der von ihr vertretenen Weltanschauung begründet ist, würdigt in ihrer ganzen entscheidenden Bedeutung die mit der Schöpfung des ersten Kanzlers des Deutschen Reiches begonnenen sozialen Einrichtungen, zu deren Erhaltung in dieser Stunde äußerster Not an das Gemeinschaftsgefühl aller Deutschen neue, harte Anforderungen gestellt werden müssen. Wenn die Reichsregierung heute zunächst den dringendsten Erfordernissen der Stunde nachkommt, so betont sie besonders,

**daß sie nicht die Absicht hat, den Weg der Erschließung neuer Einnahmequellen in Zukunft weiter zu beschreiten.**

Ihr Ziel ist, die deutsche Wirtschaft vernunftgemäß, unter Ausschaltung künstlicher Experimente, neu zu befruchten. Sie wird deshalb mit den auswärtigen Regierungen nach einer Lösung der Weltwirtschaftskrise suchen. Darüber hinaus hält es die Reichsregierung angesichts der ungeheuren Wirtschaftsnot für ihre unabweisbare Pflicht, die Wirtschaftsenergien des eigenen Landes zu mobilisieren und in erhöhtem Maße für die Verwertung der brachliegenden Arbeitskräfte nutzbar zu machen. Die Regierung wird alles daransetzen, um neben der Pflege des Güteraustausches der Länder untereinander durch eine zielbewußte Binnenmarktpolitik, insbesondere unter Zuhilfenahme des Arbeitsdienstes, durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der Siedlung und der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, die deutsche Wirtschaft einer allmählichen Gesundung entgegenzuführen.

**Der Wille des deutschen Volkes, von der Geisel der Arbeitslosigkeit erlöst zu werden, und die Hoffnung der jungen Generation, neue Lebensgrundlagen zu finden, werden von der Regierung als eine für die Zukunft der Nation entscheidende Aufgabe mit allen Mitteln unterstützt werden.**

(Amtliche Erläuterungen zum Inhalt der Notverordnung auf Seite 2)

## Papens erste Tat

Das Kabinett des Reichskanzlers v. Papen hat in seiner Regierungserklärung und in den Einführungsreden der Minister betont, daß es nicht unerfüllbare Versprechungen machen, sondern nach seinen Taten beurteilt werden wolle. Die erste Tat liegt nun vor in Gestalt eines ganzen Gesetzgebungswerkes von Notverordnungen. An Hand dieses reichen Materials wird es an Prüfung und Kritik nicht fehlen. Am meisten beim ersten Teil, der den Ausgleich des Haushaltdefizits in Form neuer Steuern, Kürzungen und Abstriche bringt. Dieser verschärfte Druck auf die Lebenshaltung aller Volksschichten erinnert peinlich an Brünings Methoden, und er ist ja auch — diese Gerechtigkeit muß man der Regierung Papen widerfahren lassen — Brünings Erbschaft. Schon deshalb, weil diese weitere Belastung, vielleicht in etwas anderer Form, aber in gleicher Härte, noch vom alten Kabinett beschlossen war und ohne seinen Sturz bereits in Kraft wäre. Aber man hatte inzwischen von einem grundlegenden „Kurswechsel" gesprochen und einen solchen besonders in der Finanz- und Steuerpolitik erwartet. Die Regierung weist demgegenüber darauf hin, daß sie angesichts der Leere der ihr hinterlassenen Kassen, der Notwendigkeit, sie mit schnellfließenden Mitteln zu füllen, um den Staatsapparat in Gang zu halten, und besonders wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit keine andere Wahl gehabt habe, als das Brüningprogramm zunächst zu übernehmen. Und sie verspricht feierlich, daß dies die endgültig letzte Drehung der Steuerschraube gewesen sei. Trotzdem wird die Enttäuschung nicht ausbleiben, weil bei der Bildung des Kabinetts Papen die Stimmung der Oeffentlichkeit beeinflußt worden war mit der Behauptung, es wolle den Etatsausgleich ohne neue Steuern durchführen. Die jetzige Bescherung macht einen entsprechenden Stimmungsrückschlag unvermeidbar. Denn jeder hat wieder seinen Teil wegbekommen: die vielgeplagten Beamten einen neuen Abzug, die sonst in fester Arbeit Beschäftigten eine fühlbare Erhöhung der umgetauften Krisenlohnsteuer, die Kleingewerbetreibenden eine Verschärfung der Umsatzsteuer und die arbeitslosen Opfer der Krise eine radikale Herabsetzung der schon bisher zum notwendigsten Lebensunterhalt kaum ausreichenden Unterstützungssätze. Alle die Kreise, die ihr Einkommen wieder geschmälert sehen, sollten in ihrem begreiflichen und berechtigten Unmut doch nicht vergessen, wie schwer diese Aermsten der Armen getroffen sind.

Selbstverständlich kann auch die Wirkung keine andere sein, als die der vorangegangenen Steuernotverordnungen. Es macht keinen Unterschied, ob für die Lastenvermehrung Brüning oder v. Papen verantwortlich zeichnet. Darum bleibt auch die früher an dieser Methode geübte Kritik zu Recht bestehen. Und der verhängnisvolle Kreislauf: Steuererhöhung — Kaufkraftminderung — vermehrte Arbeitslosigkeit — Rückgang der Steuerquellen, auf den der sächsische Ministerpräsident am Sonnabend in Berlin hingewiesen hat, wird mit seiner ehernen Gesetzlichkeit auch dieses neue Notverordnungswerk alten Stils nicht verschonen. Die Regierung, die nach ihren Taten beurteilt werden wollte, wird darum den Eindruck nicht verwischen können, daß ihr erster finanzpolitischer Schritt nicht vertrauenerweckend ist — mag sie nun selbst mitschuldig sein oder nur den Fluch ihrer Erbschaft tragen. Eine Aenderung dieser Beurteilung wird erst eintreten, wenn sie recht bald durch neue Taten zu erkennen gibt, daß sie mit der Nachahmung Brünings wirklich in der Zwangslage eines Augenblicks gehandelt hat, daß sie aber durch Reformen von diesem Kurs des Niedergangs loskommen und auf neuen Wegen zum Wiederaufstieg führen will. Versprechungen in dieser Richtung werden in der Regierungsbegründung zur Notverordnung in ganz formeller Weise gemacht.

Eine andere Seite dieser Steuernotverordnung ist ihre parteipolitische Auswertung im Hinblick auf den Wahlkampf. Wenn jetzt die Sozialdemokratie glaubt, das Volk täuschen zu können mit der Behauptung, diese Maßnahmen, die sie unter Brünings Herrschaft widerspruchslos hinzunehmen bereit war, würden von den nationalen Parteien „toleriert" und kämen auf deren Schuldkonto, so wird auch diese Lüge kurze Beine haben. Denn es wird der nationalen Opposition nicht schwerfallen, das Volk darüber aufzuklären, daß sie weder die Regierungsbildung noch die Maßnahmen des Kabinetts Papen beeinflußt oder toleriert hat, daß aber die moralische Verantwortung für dieses Steuermonstrum in seiner ganzen Schwere dem alten System zufällt, das 14 Tage vorher abgegangen ist, nachdem es Deutschland unter wechselnder Führung und Duldung des Marxismus an den Rand finanziellen Zusammenbruchs geführt hatte. Das deutsche Volk ist in dieser Notzeit politisch viel zu reif geworden, um sich noch durch Fälscherkunststückchen darüber täuschen zu lassen, wem am 31. Juli das Urteil zu sprechen ist.

*

**Der Reichskanzler hat in seiner Programmrede vor dem Landwirtschaftsrat im Hinblick auf diese neuen Opfer er-**

# „Die Staatsidee des Nationalsozialismus"

## Die Rundfunkrede Straßers

**Berlin, 14. Juni.** Am Dienstagabend sprach über die Deutsche Welle Gregor Straßer über „Die Staatsidee des Nationalsozialismus". Die Rede wurde auch von den Sendern Berlin, Hamburg, Königsberg, Breslau, Leipzig, Frankfurt a. M. und Köln übernommen. Nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß er

**als erster Nationalsozialist im Rundfunk**

über Wesen und Inhalt der nationalsozialistischen Staatsidee spreche, führte er unter anderem aus: Der Nationalsozialismus ist letzten Endes nichts anderes, als der politische Ausdruck der seelischen Nöte einer großen Epoche. Wir verstehen unter Sozialismus die staatlich durchgeführten Maßnahmen zum Schutze des einzelnen oder einer größeren Gemeinschaft vor jeglicher Ausbeutung. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen, die Kommunalisierung der Trambahnen, der Licht- und Gaswerke, die Bauernbefreiung des Freiherrn von Stein, die Eingliederung des Ständesystems in den Organismus des damaligen Staates, das Leistungsprinzip des preußischen Offiziers, des deutschen unbestechlichen Berufsbeamten, das alles ist Ausdrucksform des deutschen Sozialismus, wie wir ihn auffassen und fordern. Dieser Gedanke eines staatlich garantierten sozialen Selbstschutzes hat nichts, aber auch gar nichts zu tun mit den Giftkeimen, die der Marxismus in den deutschen Sozialismus einzuführen verstanden hat, nichts, aber auch gar nichts mit Internationalismus, Pazifismus und Klassenkampf. Die

**Synthese von Nationalismus und Sozialismus**

im Nationalsozialismus bedeutet die innere und äußere Freiheit Deutschlands und die Freiheit des Arbeitsplatzes seines ärmsten Volksgenossen.

Politik heißt für uns Dienst am deutschen Volk und Staatswohl. Die Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik muß vom Staate unter weitgehendster Einschaltung der Privatinitiative deshalb kontrolliert werden, damit dort nicht durch Fehler und Versäumnisse Verhältnisse geschaffen werden, die in ihrer Auswirkung die Heranziehung aller im Volk vorhandenen Kräfte gefährden, weil sie ein Beiseiteschieben eines sich benachteiligt fühlenden Volksteiles zur Folge haben. Wir Nationalsozialisten wollen keinen planlosen Umsturz, sondern eine

**energische Neuordnung statt Zerfall und Anarchie.**

Wir wollen keinen Bürgerkrieg und keine Klassenhetze, sondern wir wollen die innere Aussöhnung des Volkes. Wir wollen den Schutz jeder ehrlichen Arbeit und ihres Ertrages gegen den offenen und verkappten Mißbrauch des Kapitals. Wir wollen keine Judenverfolgung, aber wir fordern eine deutsche Führung ohne fremden Geist, ohne fremde Kapitalinteressen, denen heute nahezu die gesamte Parteiwelt erlegen ist. Wir wollen keinen neuen Krieg. Wir scheuen aber einen Krieg nicht, wenn er einmal das letzte Mittel sein sollte, um die deutsche politische und soziale Freiheit zu verteidige

**Wir wollen von den Seelsorgern keine Parteipolitik, dafür aber Dienst am Frieden der menschlichen Seele, an der sittlichen Erhebung der Massen.**

Solange die anderen Völker aufrüsten, verlangen wir für das deutsche Volk ebenfalls das Recht, sich den notwendigen Schutz seiner Interessen bereitzustellen. Das Vertragswerk von Versailles ist in seiner heutigen Form als unsittlicher Vertrag vor dem Sittengesetz der ganzen Kulturwelt ungültig und nichtig. Das gleiche gilt für die auf dem Vertrag von Versailles aufgebauten weiteren Tributverträge. Ebenso klar und eindeutig ist unsere Innenpolitik. Das Volk will Ordnung, Arbeit und Brot. Für uns ist die Lösung der sozialen Frage die Existenzfrage der Gegenwart, die sofort von neuen Männern in Angriff zu nehmen ist. Wirtschaft heißt für uns nicht Börsengeschrei, Finanzmanöver und Spekulation auf Kosten des leidenden Volkes, sondern: Werte schaffen, die der Allgemeinheit zugute kommen.

**Unser nächstes Ziel ist die Beseitigung des Leerlaufes der deutschen Wirtschaft, und zwar erstens durch Ueberwindung der Arbeitslosigkeit und Gesundung der Landwirtschaft; zweitens durch Lösung der Frage des gerechten Arbeitslohnes, und drittens durch sinngemäße Einschaltung unserer Weltwirtschaft in den Rahmen der kommenden Nationalwirtschaft.**

So wie wir einen lebensfähigen Mittelstand aus biologischen Gründen bejahen, eine starke Arbeiterschaft durch Lösung des sozialen Problems wollen und ein sauberes, auf Leistung aufgebautes Berufsbeamtentum fordern, sehen wir in den deutschen Bauern nicht nur einen Stand unter Ständen, sondern den Urquell unserer rassischen Erneuerung überhaupt. Das Losungswort und Programm aber heißt: Deutschland, nur Deutschland, nichts als Deutschland!

## Straßerrede in Süddeutschland verboten

**München, 14. Juni.** Eine Uebertragung der Rundfunkrede des nationalsozialistischen Abgeordneten Gregor Straßer auf die bayrischen Sender fand nicht statt. Der politische Ueberwachungsausschuß des Bayrischen Rundfunks hat die Uebertragung abgelehnt. Ebenso hat der politische Ueberwachungsausschuß des Süddeutschen Rundfunks die Uebertragung der Rede auf die Sender des Süddeutschen und Badischen Rundfunks abgelehnt.